

Deutscher Gewerkschaftsbund
Region Nordwürttemberg

DGB Region Nordwürttemberg | Beim Hecht 1 | 73430 Aalen

An die
Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd
Herrn Oberbürgermeister Richard Arnold
Marktplatz 37
73525 Schwäbisch Gmünd

GUTE ARBEIT in der Stadt Schwäbisch Gmünd

10. November 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. September. Wir als DGB haben am 7. Oktober 2020, am Internationalen Tag „für Gute Arbeit“, im Rahmen einer Abendveranstaltung das Thema Arbeitsbedingungen bei Amazon und GUTE Arbeit in Verbindung mit Tarifverträgen betrachtet.

Tariflich geregelte Arbeits- und Leistungsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Familienfreundlichkeit in Arbeitsverhältnissen stehen für uns als Prädikat für GUTE ARBEIT auf gleicher Stufe wie die Anzahl an Arbeitsplätzen. Die Anzahl „vernünftiger“ Arbeitgeber mit einer hohen Anzahl an Beschäftigten, wie auch Sie sich für die Stadt ersehen, erscheint für uns mit Blick auf die Ankündigungen der jüngsten Vergangenheit stark rückläufig.

Aber getreu dem Motto, mit gutem Beispiel vorangehen, wenden wir uns mit diesem Schreiben an Sie als Arbeitgeber. Wir würden gerne in der Beschäftigungspraxis der Stadt Schwäbisch Gmünd zur Bewältigung erforderlicher Arbeit ein Prädikat „Guter Arbeitgeber 2021 – DIE STADT SCHWÄBISCH GMÜND“ vergeben.

Sie beabsichtigen, auf der Gemeinderatssitzung am 18. November einen Beschluss zur Fremdvergabe zu fassen, welcher eines Prädikats dieser Güte in unseren Augen nicht würdig ist. Sie schlagen als Stadtoberhaupt vor, die Fremdvergabe besonders im Reinigungsbereich auf dem Stand zu belassen, wie er sich im ablaufenden Jahr ergibt.

Vereinfacht dargestellt gibt die Stadt 1,1 Mio € an Fremdfirmen aus und bekommt dafür eine Leistung, welche verglichen mit den städtischen Arbeits- und Leistungsbedingungen rund 2,2 Mio. € wert ist. Die Stadt spart Geld auf Kosten der Arbeitnehmer*innen.

Gleiche Arbeit – Gleiches Geld: Fehlanzeige. Für den städtischen Haushalt bedeutet dies 1/3 weniger Kosten pro Stunde, obwohl in dieser Kalkulation nicht nur Lohn, sondern auch der Gewinnanteil des Unternehmen berechnet wird und dazu noch 45% Mehrleistung pro

Kerstin Pätzold
Gewerkschaftssekretärin
Region Nordwürttemberg

kerstin.paetzold@dgb.de

Telefon: 07361 3764-90/92
Telefax: 07361 3764-93
Mobil: 0160 97850584

Beim Hecht 1
73430 Aalen

nordwuerttemberg.de

Zeiteinheit. Kein Wunder wenn es in der Gemeinderatsvorlage der Stadt heißt „Es wird vermutet, dass die Leistungswerte, die der Wettbewerb anbietet, kaum ein Arbeitsleben lang zu schaffen sind.“

Bei Bezahlung nach ver.di-Tarif erhalten die Beschäftigten 12,70 Euro pro Stunde bzw. 2.100 Euro brutto im Monat. Nach dem Gebäudereinigungstarif erhalten die Beschäftigten 10,80 Euro bzw. 1785 Euro monatlich, bei gleicher Arbeitszeit und bis zu 45 Prozent Mehrleistung auf Kosten der Gesundheit.

Wir können die Gemeinderäte angehalten werden, diese schlechtere Bezahlung bei höherer Belastung zu akzeptieren? Wir sehen in dem Verfahren ohne Diskussion und ohne Hinzuziehung der Gewerkschaften ein Vorgehen, bei dem auf Kosten der Arbeitnehmer*innen gespart wird, mit weniger Entgelt pro Stunde und höherer Leistungserbringung. Dadurch wird eine Spirale bedient – auch durch das Verhalten der Stadt Schwäbisch Gmünd – die mit dazu beiträgt, dass Menschen in ihrem Arbeitsleben ihre Gesundheit negativ beeinträchtigen und dazu selbst bei Renteneintritt auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, weil sie nicht einmal eine Rente bekommen würden welche der Grundrente entspricht.

Wir sehen in der Befeuern der Spirale eine Billiger-Strategie, welche unsere Gesellschaft nicht nur materiell, sondern auch moralisch verarmen lässt. Wir müssen konstatieren, dass auch der öffentliche Arbeitgeber in einem der reichsten Länder der Welt die Arbeitsbedingungen von Reinigungsfachkräften durch Fremdvergabe verschlechtert. Wir werden in Zukunft vielleicht viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um die Folgeschäden unseres Sparens im Hier und Jetzt zu begleichen. Klimawandel ist bedeutend, sozialer Kahlschlag genauso, drum sind Besser-Strategien gefragt und keine Billiger-.

Wir fordern Sie auf, keine Beschlüsse übers Knie zu brechen, sondern mit dem Gemeinderat und den DGB zusammen die Situation zu bewerten und zu besprechen. Wir kommen gerne in den Gemeinderat.

Wir werden aber auch nicht müde, diese Position öffentlich kundzugeben. Hierzu informieren wir am Freitag die Presse. Gerne werden wir dabei Ihr Statement berücksichtigen, wenn Sie uns eines zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Werner Jany

DGB Ortsverbandsvorsitzender

gez. Peter Yay-Müller

DGB-Kreisvorsitzender

gez. Kerstin Pätzold

Gewerkschaftssekretärin